

## Gesetz über die Einführung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (EG zum KVG), Teilrevision (individuelle Prämienverbilligung)

FDP.Die Liberalen Appenzell Ausserrhoden  
Parteipräsidium, Wies 9A, CH-9442 Speicher

Departement für Gesundheit und Soziales  
Herr Yves Noël Balmer  
Regierungsrat  
Kasernenstrasse 17  
9102 Herisau

Herisau, 24. Juni 2025

### Sehr geehrter Herr Regierungsrat Balmer

Im Namen der FDP.Die Liberalen Appenzell Ausserrhoden (FDP AR) bedanken wir uns bei Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme, welche wir gerne wie folgt wahrnehmen:

### Allgemeine Bemerkungen

Die FDP AR unterstützt den Vorschlag des Regierungsrates mit der Teilrevision des Gesetzes, die individuelle Prämienverbilligung effektiver zu verteilen. Die Auswirkung der Effizienzsteigerung sollte sich in geringeren Ausgaben widerspiegeln. Nach Ansicht der FDP AR geht es nicht darum, «mehr Personen finanziell zu entlasten als bisher», sondern darum, dort zu unterstützen, wo dies wirklich notwendig ist.

Die Zunahme der Kosten ist beachtlich: In den vergangenen sieben Jahren sind die Ausgaben des Kantons von 11.63 Mio. CHF auf 17.51 Mio. CHF, also um mehr als 50% gestiegen. Zusätzlich zu den aufgewendeten Zusatzkosten von 6 Mio. CHF sind auch die Leistungen des Bundes um 3 Mio. CHF angestiegen. Die Unterstützung durch den Bund darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch dies staatliche Leistungen sind, die von den BürgerInnen aufgebracht werden müssen.

Das zweite Ziel der Teilrevision – die Umsetzung des indirekten Gegenvorschlages des Parlaments zur Prämien-Entlastungs-Initiative auf Kantonebene – wird seitens der FDP AR gutgeheissen.

Auf jeden Fall verhindert werden muss, dass mit der vorliegenden Teilrevision die Gesamtsumme der ausgeschütteten Mittel erhöht wird. Wenn die Prämienzahllast der einzelnen Versicherten über immer höhere Prämienverbilligungen so gedämpft wird, dass kein Reformdruck entsteht, wird sich an der kritischen Entwicklung der Gesundheitskosten nichts ändern.

Die FDP AR steht der Behauptung unter Abschnitt C. des Erläuternden Berichts, dass die vorgeschlagene Änderung «*keine finanziellen, organisatorischen oder personellen Auswirkungen*» habe, sehr kritisch gegenüber.

Die Verteilung der IPV muss sich an der Wirkung orientieren und nicht an der Verteilung. Der Fokus auf die Anzahl der Beziehenden (Ziel: «mehr Personen sollen profitieren») greift aus Sicht der FDP AR zu kurz. Entscheidend ist nicht die Quote der EmpfängerInnen, sondern die gezielte Entlastung dort, wo sie am effektivsten ist. Eine automatische Ausweitung der Empfängerkreise ist nicht zielführend und trägt nicht zu einer Kostenreduktion bei, obwohl diese absolut dringend ist.

Das Problem der steigenden Kosten im Gesundheitswesen wird nicht gelöst, indem immer mehr IPV ausbezahlt wird, im Gegenteil, das Kostenbewusstsein wird dadurch geschwächt.

### **Art. 3 – Zuständigkeiten**

Im Erläuternden Bericht steht nichts dazu, in welchem Rhythmus der Kantonsrat über das sozialpolitische Ziel bestimmt «eine periodische Überprüfung ist angezeigt...».

Die FDP AR möchte vorschlagen, dass definiert wird, in welchem Rhythmus die Leistungen überprüft werden, z.B. einmal pro Legislatur.

### **Art. 11 – Zweck und Ziel**

Die FDP AR unterstützt das Prinzip, dass das sozialpolitische Ziel durch den Kantonsrat definiert wird. Allerdings ist es zentral, dass dieser Zielwert regelmässig überprüft und nicht zur dauerhaften Ausweitung der Anspruchsberechtigung missbraucht wird.

Das Ziel muss eine faire Unterstützung von Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen bleiben, nicht eine dauerhafte Alimentierung.

### **Art. 12 – Obergrenzen der Bezugsberechtigung**

Die vollständige Delegation dieser Schwellenwerte an den Regierungsrat birgt die Gefahr einer Intransparenz. Die FDP AR empfiehlt, dass der Kantonsrat zumindest verbindliche Richtlinien oder Bandbreiten festlegt, innerhalb derer sich die Obergrenzen bewegen müssen. Dies verhindert übermässige Ausweitungen. Die Anpassungen sollten jährlich erfolgen.

### Schlussbemerkungen

Die Entwicklung der Kosten im Gesundheitswesen ist dramatisch. Nach Auffassung der FDP.Die Liberalen Appenzell Ausserrhoden (FDP AR) muss alles darangesetzt werden, eine weitere Steigerung der Ausgaben zu verhindern.

Mit freundlichen Grüßen

FDP.Die Liberalen

Appenzell Ausserrhoden



Jennifer Abderhalden  
Präsidentin



Dr. Kai Henning Viehweger  
Vernehmlassungen